

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 19.02.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Vorsitzender: Herr Uwe Kramer	Freier Träger
Frau Heike Wießner	CDU-Fraktion
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Katja Raab	FDP
Frau Sabine Wolff	MitBürger für Halle- NEUES Forum
Frau Kerstin Masur	Freier Träger
Frau Sylvia Plättner	Freier Träger

Entschuldigt fehlen:

Frau Antje Klotsch	Freier Träger
--------------------	---------------

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kramer, Vorsitzender, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kramer, Vorsitzender, stellte die Tagesordnung fest und fragte nach Änderungswünschen.
Da dies nicht der Fall war, wurde der Tagesordnung ohne Widerspruch zugestimmt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 15.01.2014
Nachversendung!
4. Vorbereitung des Berichtes des Unterausschusses Jugendhilfeplanung über seine Tätigkeit in der Wahlperiode 2009 - 2014 für den Jugendhilfeausschuss
 - 4.1. Absprache zur Vorgehensweise und Berichtsstruktur
5. Vorstellung des Positionspapiers zur Gestaltung des Überganges Schule-Beruf in Halle (Saale)
 - 5.1. Diskussion
6. Anträge von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung
8. Mitteilungen
 - 8.1. Arbeitsstand zur Förderung freier Träger 2014 - Projekte nach § 5 der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung von Angeboten der Jugendhilfe
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Themenspeicher
11. Anregungen

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15.01.2014
Nachversendung!**

Die Niederschrift vom 15.01.2014 wurde bestätigt.

**zu 4 Vorbereitung des Berichtes des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
über seine Tätigkeit in der Wahlperiode 2009 - 2014 für den
Jugendhilfeausschuss**

zu 4.1 Absprache zur Vorgehensweise und Berichtsstruktur

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, sprach an, dass vor Ablauf der Wahlperiode der UA Jugendhilfeplanung einen Bericht über seine Tätigkeit im

Jugendhilfeausschuss halten soll, was für den JHA Mai vorgesehen ist. Er hat aus diesem Grund den alten Bericht aus der vorhergehenden Wahlperiode herausgesucht, um den Strukturaufbau einer Berichterstattung zu verdeutlichen. Er stellte die alte Berichtsstruktur den Mitgliedern dar und bat um Vorschläge für den jetzigen Bericht.

Vorschlag Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., die Einwohnerzahl und hierzu die Entwicklung in den einzelnen Sozialräumen in Bezug auf Kinder und Jugendliche mit einfließen zu lassen.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass die Leistungsbeschreibungen mit den entsprechenden Zielgruppen vorliegen, welche hierzu angeschaut werden können.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte, wer diesen Bericht erhalten soll.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), antwortete, dass dieser Bericht für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gedacht ist.

Vorschlag Fhhau, es sollte auf verzögerte Beschlussvorlagen Bsp. BEP Kita 2014 und die Gründe für diese Zeitverzögerungen mit aufgeführt werden.

Vorschlag Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), , das neue Antragsverfahren sollte kritisch mit erwähnt werden, was ist gut gelaufen, was weniger gut.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte an, ob auch erwähnt werden kann, welche Einrichtungen bzw. Angebote in der Stadt verloren gegangen sind.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wies darauf hin, dass deutlich mehr Einrichtungen bzw. Angebote als noch vor einigen Jahren in der Stadt vorgehalten werden und dass trotz immer weniger finanziellen Mitteln, die zur Verfügung stehen. Die Planungsgrundlagen haben sich in den letzten 3 Jahren verändert.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), fragte an, ob sich ein Mitglied aus dem Unterausschuss mit bei der Erstellung des Berichtes beteiligen würde.

Frau Wießner, skE CDU-Fraktion, erklärte hierzu ihre Bereitschaft, unter der Voraussetzung, dass die Zusammenkünfte/Absprachen zeitlich für nachmittags vorgesehen sind.

Frau Fritzsche, Sozialplanerin GB Bildung und Soziales, erklärte ihre Bereitschaft, entsprechende Statistiken für den Bericht zusammen zu fassen und zur Verfügung zu stellen.

zu 5 Vorstellung des Positionspapiers zur Gestaltung des Überganges Schule-Beruf in Halle (Saale)

zu 5.1 Diskussion

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, erläuterte die allgemeine Ausgangslage in Halle hinsichtlich des Überganges Schule-Beruf. Er verwies auf die Arbeitsgruppe, die sich hierzu gegründet hat und Vertreter aus mehreren Bereichen vereint und auch die Stadtverwaltung Halle hierbei mitarbeitet. Er verwies auf die erfolgte Befragung von Lehrlingen bspw. von der Firma Papenburg.

Die Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe wurden auf der Abschlusstagung **JUGEND STÄRKEN** vergangenen Herbst vorgestellt und auch der Verwaltungsspitze und allen Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Herr Schachtschneider, der auch Vorsitzender des Bildungsausschusses ist, war bei dieser Tagung mit anwesend und hat zugesagt, dieses Positionspapier im Bildungsausschuss einzubringen. Bei uns erfolgt die Vorstellung hier im Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Herr Deckert verwies auf den Beirat für Berufsorientierung, welcher über die Bundesagentur für Arbeit läuft. Hier wurden die Handlungsempfehlungen auch schon besprochen: Es ist ein Ziel, einen Wegweiser zur Berufsorientierung für junge Menschen zu erstellen, welcher dann auch auf der Homepage der Stadt veröffentlicht werden soll. Schulsozialarbeit: a) über Bildung und Teilhabe; bis 2015 sind die Mittel begrenzt zur Verfügung stehend. B) Schulsozialarbeit ESF ist eine Landesförderung. Es werden 65 Vollzeitstellen für Schulsozialarbeiter und Akteure der Jugendberufshilfe benötigt, um flächendeckend für Halle hier Angebote unterbreiten zu können.

Vertreter der Wirtschaft sind ebenfalls aktiv mit dabei. Er nannte hier als Beispiel die Handwerkskammer und die Firma Papenburg. Die Agentur für Arbeit will verstärkt Unterstützung anbieten, damit ältere Jugendliche über 25 Jahre auch eine duale Berufsausbildung erhalten. Die Ansprechpartner für Jugendberufshilfe müssen vor Ort da sein.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, das dies alles nicht unbekannt ist. Dennoch ist es erschreckend, wie hoch die Zahlen hier in der Stadt Halle sind und dies trotz entsprechender Angebote. 2015 läuft das Programm aus, was ist danach?

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, wies darauf an, dass nicht das Programm Bildung und Teilhabe (BuT) ausläuft, sondern die Mittel 2015 alle sind. Er verwies auf das Bildung und Teilhabe-Paket, hier gibt es die Bundesmittel in Höhe von 2,8% des Bundesanteils der Kosten der Unterkunft aus 2011, 2012 und 2013. Diese Mittel durften die Kommunen für Schulsozialarbeit BuT verwenden.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte, wie die Umsetzung der aufgestellten Forderungen erfolgt. Zum 1. Punkt fragte sie an, wie viel an Planung hierzu bereits gelaufen ist. Soll das aus dem Budget der Jugendarbeit oder aus dem Sozialbereich kommen? Von wem sollen die unter Punkt 6 aufgeführten Angebote durchgeführt werden?

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, antwortete, dass die Kommune das allein nicht leisten kann. Diese hat hierbei den geringsten Anteil an gesetzlichem Auftrag. Dieser liegt im Verantwortungsbereich des SGB II, also der Agentur für Arbeit und des SGB III, also dem Jobcenter. Hier muss eine Verständigung erfolgen. Es gibt einen Stadtratsbeschluss zur Errichtung eines „Hauses für Jugend“, da muss noch einiges passieren.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass dies ihre Frage war, welche konkreten Aufgabenstellungen die Arbeitsagentur als auch das Jobcenter hier haben.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, sprach an, dass Frau Tempel auf der Abschlusstagung mit anwesend war. Es geht schon in die richtige Richtung, aber momentan noch ohne konkreten Fahrplan. Politik und die Rechtskreise müssen sich diesem Thema stellen.

Frau Wießner, skE CDU-Fraktion, fragte, welche Jugendliche hier befragt worden sind und wie viele. Ihr ist der Aufwuchs hier nicht klar und wieso das Elternhaus hier nicht vordergründig in die Pflicht genommen wird. Beim Lesen des Berichtes kam bei ihr an, dass

in den letzten Jahren hier nichts passiert ist. Welches Klientel wurde hier befragt und wie viele?

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, antwortete, dass er die Zahlen (Anzahl etc.) hier nicht sagen kann. Diese Informationen kamen über die Akteure, welche mit den Jugendlichen arbeiten.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte zur Seite 2 an, hier wird deutlich, dass sich die Zahlen der Schulverweigerung an Grundschulen verdreifacht hat. Was verbirgt sich genau an Zahlen dahinter? Es gibt doch Schulsozialarbeit in der Stadt.

Herr Gerstner, Sozialraummanager, antwortete, dass es erst 5-10 und mittlerweile 40 Schüler sind, die das betrifft.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, verwies darauf, dass noch nicht an allen Schulen Schulsozialarbeit angeboten werden kann. Schulverweigerung kommt oftmals aus den Schulen, wo noch keine Schulsozialarbeit passiert.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob es Projekte gibt, welche sich hierzu an Eltern richten, damit diese eine Unterstützung erfahren. Wie erfolgt die Integration ausländischer Jugendlicher oder auch von behinderten Jugendlichen?

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies darauf hin, dass dies im Positionspapier mit enthalten ist.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, antwortete, dass behinderte Jugendliche hier ein anderer Bereich sind. Bspw. hat ein geistig behinderter Schüler keinen Schulabschluss, sondern erhält ein Abgangszeugnis. Zur Frage der Elternarbeit verwies er auf den § 13 SGB VIII. Wo Eltern eine Unterstützung wünschen, erfolgt diese. Er verwies hierzu auf das Recht auf Erziehung, welches im Grundgesetz steht.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., sprach an, dass sicher im Jugendhilfeausschuss über den Stand zum „Haus der Jugend“ berichtet wird, wenn es dann soweit ist.

Frau Masur, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass die Zahlen im Bericht ein Ausdruck dessen sind, was bereits im Armutsbericht bzw. in den Statistiken ausgesagt wird. Die Finanzierungshöhe der präventiven Arbeit ist in den letzten Jahren in der Stadt Halle deutlich zurückgegangen. Die Zahlen im Bereich Hilfen zur Erziehung haben sich deutlich verändert. Die Erwartungen, die hier in die Eltern gesetzt werden, sind sehr gering, da die Praxis dies deutlich zeigt.

Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), ergänzte hierzu, dass selbst in den Kindertageseinrichtungen diese Eltern nicht mehr erreicht werden, wie anfangs gehofft worden ist. Es werden Angebote wie bspw. ein Elterncafe gemacht oder Eltern direkt in Gesprächen angesprochen. Die Erfolge sind hier sehr gering. Durch diese Eltern erfolgt kaum eine Beteiligung bzw. Mitwirkung im Interesse ihres Kindes. Dies ist sicher auch der gesellschaftlichen Entwicklung geschuldet. Wenn Eltern über Jahre arbeitslos sind oder Suchtprobleme haben, ist es schwierig, sich in deren Denkweise versetzen zu können. Die Jugendhilfeplanung muss deutlich machen, wie es in den Bereichen aussieht und wie sich Klientel in den Einrichtungen entwickelt. Es muss versucht werden, diese Kinder und Jugendlichen auf einen anderen Weg zu bringen, als ihn ihre Eltern vorleben. Es muss ihnen vermittelt werden, dass es noch ein anderes Leben gibt, als das was sie zu Haus erleben. Das ist ein langwieriger Prozess, an welchem viele Akteure mitwirken müssen.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, sprach die Jugendhilfeplanung in den Bereichen der §§ 11-16 SGB VIII an. Dazu gehört auch die Arbeit in den Kindertagesstätten, schwierig ist hierbei der finanzielle Rahmen, der hierfür zur Verfügung steht. In den Sozialraumgruppen hat die offene präventive Arbeit wieder mehr Stellenwert, was sich auch in der Fördermittelvorlage, welche im Jugendhilfeausschuss am 20.02. behandelt wird, niederschlägt. Zeit, personelle und finanzielle Ressourcen spielen eine große Rolle. Die Arbeit zum Übergang Schule-Beruf soll im Frühjahr losgehen. Hierzu gab es auch eine Verständigung mit der Schulfachlichen Referentin, Frau Neumann da es einen starken Bedarf gibt, ältere schulpflichtige Flüchtlingskinder zu beschulen. Dem Schulamt fehlen die u.a.Räumlichkeiten für die Umsetzung.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass das vorliegende Positionspapier „das Ende der Fahnenstange“ ist. Ausschlaggebend ist, dass Grundschule und Horte miteinander verzahnt sein müssen, wenn es funktionieren soll. Solange jeder Bereich „seins macht“ ist es schwierig, hier gemeinsam etwas umsetzen und erreichen zu können. Dies muss in den Köpfen klar werden und „gemeinsam an einem Strang gezogen werden“. Schule und Hort müssen zusammen arbeiten.

Frau Wießner, skE CDU-Fraktion, fragte zur Aussage, dass „bestehende Strukturen nicht mit den Lebensentwürfen von Jugendlichen zusammen passen“ an. Was sind „Lebensentwürfe“ der Jugendlichen?

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, verwies darauf, dass in diesem Papier Interviewauszüge enthalten sind. Der Ruf nach Kooperation und Ansprechpartner vor Ort ist in diesem Bereich laut geworden.

Frau Fritsche, Sozialplanerin GB Bildung und Soziales, schätze ein, dass dieser Bericht sehr gut ist. Wie wird mit den Forderungen umgegangen, wie erfolgt diese Umsetzung?

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, antwortete, dass die Arbeitsgruppe schauen muss, was daraus wird. Eine Zusage war, dass dies im Bildungsausschuss thematisiert wird. Das soll noch erfolgen. Die Zusage, dies im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu besprechen, wurde heute umgesetzt.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), dankte für die Ausführungen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung

Es lagen keine Anträge vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Arbeitsstand zur Förderung freier Träger 2014 - Projekte nach § 5 der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung von Angeboten der Jugendhilfe**

Herr Kramer, Vorsitzender, sprach an, dass Morgen im Jugendhilfeausschuss die Fördermittelvorlage behandelt wird. Außer den dort aufgeführten Projekten gibt es noch die Förderprojekte, welche nach dem § 5 der Förderrichtlinie gefördert werden. Er erteilte Herrn Deckert hierzu das Wort.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, sprach an, dass er die Übersicht zur Antragstellung zur Förderung nach § 5 Förderrichtlinie als Mitteilung gibt. Wichtig: kein Antrag liegt über 5.000 €, d.h. nur Verwaltungshandeln hierzu notwendig. Es soll zur Kenntnis gegeben werden, wie die Antragslage hierzu ist. Einige Anträge fallen nicht unter die Voraussetzungen für eine Förderung, bspw. Weihnachtsfeiern der Freiwilligen Feuerwehren. Diese Übersicht wird mit dem Protokoll den Mitgliedern zugesendet. Er sprach an, dass die Antragssumme bei ca. 25.000 Euro liegt.

Frau Wießner, skE CDU-Fraktion, fragte an, ob noch Mittel aus Bildung und Teilhabe übrig sind, da es zur Beschlussfassung am 06.02.14 Kürzungen in dem Bereich gab.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, antwortete, dass noch 5.440 Euro daraus übrig sind, welche in der morgen zu behandelnden Fördermittelvorlage als Vorschlag mit eingebracht werden.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte an, wie mit noch übrigen Mitteln verfahren wird. Können noch Anträge zum § 5 der Förderrichtlinie eingereicht werden?

Herr Kramer, Vorsitzender, verwies auf den Antragsschluss zu diesen Anträgen.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte an, was aus Restmitteln noch wird.

Herr Kramer, Vorsitzender, sprach an, dass noch verfristete Anträge im Rahmen der Förderrichtlinie gestellt werden können.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wollte wissen, ob demnach also morgen ein Änderungsantrag zur Fördermittelvorlage eingebracht wird.

Herr Kramer, Vorsitzender, bejahte dies.

Er teilte mit, dass zu der Fördermittelvorlage 17 Freie Träger kurzfristig zusammen gekommen sind, 2 Träger waren entschuldigt, 2 Träger haben sich zur Einladung nicht gemeldet. Es wurden alle Träger eingeladen, welche in der Fördermittelvorlage mit ihren Projektanträgen enthalten waren. Es gibt aus dieser Runde heraus einen abgestimmten Änderungsvorschlag zu der Beschlussvorlage, die morgen im Jugendhilfeausschuss behandelt wird. Die Verwaltung und die Fraktionen erhalten noch vor der Sitzung diesen Änderungsantrag.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 10 Themenspeicher

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, teilte die Themen für die nächste Sitzung mit, welche laut Themenspeicher anliegen. Der Bericht des Unterausschusses Jugendhilfeplanung, welcher im Jugendhilfeausschuss von dem Vorsitzenden gehalten wird, kommt bis April auf die Tagesordnung mit dem jeweiligen Arbeitsstand. Dieser Bericht soll im Jugendhilfeausschuss Mai gehalten werden.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte an, ob es wieder Jugendsituationsberichte geben wird, wie dies vor einigen Jahren im Jugendhilfeausschuss der Fall war.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, verwies darauf, dass hier im Unterausschuss die Berichte aus den Sozialraumgruppen heraus erfolgen.

Frau Wießner, skE CDU-Fraktion, fragte zum Streetworkbericht an, welcher im Jugendhilfeausschuss gehalten worden ist.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, verwies darauf, dass dieser erst im Jugendhilfeausschuss am 5.9.2013 gehalten wurde.

zu 11 Anregungen

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, regte an, dass allen Fraktionen der per E-Mail versende Bericht von con_sens in Papierform zur Verfügung gestellt wird. Von den Fraktionen kann nicht erwartet werden, dass diese 60 Seiten ausdrucken, das finanzielle Budget ist hier auch begrenzt.

Frau Raab, erwiderte, dass sie dies für ihre Fraktion nicht benötigt. Sie hält den Bericht per E-Mail für ausreichend.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, verwies darauf, dass die Verwaltung dies als Anregung verstanden hat.

K. Brederlow
Fachbereichsleiterin

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

Uta Rylke
Protokollführerin